

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Franz Schmid

Abg. Andreas Jäckel

Abg. Florian Siekmann

Abg. Matthias Vogler

Abg. Anton Rittel

Abg. Doris Rauscher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Da wir jetzt noch 22 Minuten haben, bis um 18 Uhr, rufe ich auch noch den dritten Dringlichkeitsantrag auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Familien stärken statt Ideologie fördern (Drs. 19/12546)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Schmid das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Ja, das Beste kommt zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrtes Präsidium, während die Geburtenraten auf einem historischen Tiefstand sind, spart Berlin ausgerechnet bei den Familien. Im Familienministerium sollen rund 500 Millionen Euro gestrichen werden, davon 350 Millionen allein beim Elterngeld. Mitversicherung, Ehegattensplitting, jetzt auch noch der Unterhaltsvorschuss – alles soll unter den Hammer kommen. Hilfebedürftige Mütter müssen, sobald ihr Kind 14 Monate alt ist, wieder in Arbeit. Die 50 % Ausländer im Bürgergeld spielen dabei keine Rolle. Sparmaßnahmen noch und nöcher, aber immer nur auf Kosten der fleißigen Bürger.

Zeitgleich fließen Millionen in ideologische Projekte. Dafür ist Geld da. Allein "Demokratie leben!" erhält 180 Millionen Euro im Jahr. Unter dem schönen Thema "Mut", initiiert von den SPD-nahen Falken und der Amadeu Antonio Stiftung, wurden Jugendlichen höchst fragwürdige pornografische Bilder gezeigt, und das vom Staat bezahlt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bezahlt wurde das auch von jenen Familien, an denen gespart wird. Die Falken erhalten übrigens auch in Bayern erhebliche Summen, nämlich über eine Million Euro in den letzten fünf Jahren.

Familiengeld weg, Krippengeld weg, Landespflegegeld gekürzt, beim Wohnungsbau 2.500 Euro pro Kind eingespart, und das Ganze dann noch als Baukinderbonus verkauft. – Das ist Ihre Familienpolitik. Gleichzeitig lassen Sie zu, dass Elternbeiträge weiter steigen und der Kindergartenplatz für Familien zum Luxusgut wird. Aber für eine Agenda für Vielfalt samt fragwürdiger Förderprojekte ist offenbar Geld da. Da fragt man sich wirklich: Was genau ist an Ihrer Politik noch christlich und was daran noch sozial?

Ich sage es Ihnen ganz offen: Wer immer wieder falsche Prioritäten setzt und seine eigenen familienpolitischen Ideale so bereitwillig verrät, wird am Ende die Quittung dafür bekommen.

Glauben Sie wirklich, dass weitere Beratungsstellen tatsächlich queere Menschen schützen? – Ich sage es Ihnen: Nein, das werden sie natürlich nicht. Es wird nichts verändern. Werfen Sie doch mal einen Blick auf den Veranstaltungskalender solcher Netzwerke, die Sie jetzt trotz massiver finanzieller Probleme in Bayern weiter füttern wollen. Von kaum auszuhaltenden Lesungen für Dreijährige, in denen sogenannte Dragqueens Kindern sexualisierte Bewegungen beibringen, über Veranstaltungen für Jugendliche aus dem aromantischen oder asexuellen Spektrum, was auch immer das heißen soll – schützen solche Veranstaltungen Menschen tatsächlich vor Gewalt? – Nein, natürlich nicht.

Lambda e. V. ist ein weiteres Beispiel. Die Fördersumme aus Bayern lag 2025 bei 90.000 Euro. Dieser Verein unterstützt und verbreitet die Promotion von Stefan Timmermanns "Keine Angst, die beißen nicht!". Hochinteressant ist, dass es hier angeblich um schwul-lesbische Aufklärungsprojekte an Schulen gehen soll. In Wahrheit orientiert sich die Arbeit aber wissenschaftlich an Kentlers Sexualpädagogik. Wer Kentler nicht kennt: Es handelt sich um einen Berliner pädophilen Missbrauchstäter, dessen Thesen mittlerweile als wissenschaftlich unbelegt und missbrauchsverharmlosend gelten.

Noch mal: Ein Leben ohne Angst, ohne Gewalt und Benachteiligung muss für alle Menschen in Bayern selbstverständlich sein. Wenn nicht, braucht es die konsequente Anwendung geltenden Rechts. Dafür leben wir in einem Rechtsstaat. Wer queere Menschen attackiert, gehört bestraft. Da sind wir uns alle einig.

Wer sich aber gegen solche Kentler-Thesen oder irgendwelche Veranstaltungen ausspricht oder keine Regenbogenflaggen an öffentlichen Gebäuden haben möchte, ist für mich deshalb noch lange kein Straftäter. Und was ich am meisten in dieser ganzen Diskussion vermisse, ist, dass Sie wieder einmal ein wesentliches Problem nicht benennen: Nicht die AfD ist eine Gefahr für homosexuelle oder queere Menschen, sondern rückwärtsgewandte junge Männer aus patriarchalisch geprägten migrantischen Communitys, die Sie massenhaft in unser Land importieren.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung und erst recht keine queer-sensible Aufklärung im Kinderzimmer. Wenn wir etwas in Bayern brauchen, dann eine Familienagenda. Es muss endlich Schluss mit dieser Ideologie sein. Werte werden Kindern in erster Linie von ihren Eltern vermittelt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Unsere bayerischen Eltern brauchen sicherlich keine Nachhilfestunde vom Staat oder queere Weiterbildungen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was haben denn Ihre falsch gemacht?)

Wir vertrauen unseren Bürgern. Genau deshalb ist mit uns eine neue Volkspartei entstanden, die die Familie aus Vater, Mutter und Kindern wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir trauen es unseren Bürgern zu, selbst zu entscheiden, was richtig ist. Genau deshalb sind wir auch nicht mehr aufzuhalten, und Sie schaffen sich selber ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Jäckel für die CSU-Fraktion.

Andreas Jäckel (CSU): Herr Vizepräsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich bin ich Ihnen dankbar, dass Sie diesen Dringlichkeitsantrag gestellt haben; denn das war noch mal in fünf Minuten "Best-of" – in Anführungszeichen – von der AfD. Ich glaube, da kann man jetzt auch noch mal ganz gut etwas dagegensetzen.

Mein erster Dank geht in diesem Zusammenhang – weil es eigentlich zunächst mal um die Agenda für Vielfalt/Aktionsplan QUEER geht – an die Staatsregierung und vor allem an das Sozialministerium, die das wirklich in sehr kleinteiliger Arbeit, nicht überhastet, sondern behutsam und unaufgeregt die letzten zwei bis drei Jahre erarbeitet haben – mit Beteiligung von vielen, die eben zu diesem Thema etwas zu sagen haben, aber auch Kritisches und vielleicht nicht nur das, was Sie hier alles beschreiben, was so einfach auch nicht stimmt.

Ich sage zum Zweiten auch Dank an den Ministerpräsidenten, der sich 2023 hier eindeutig geäußert hat und der im Juni 2026 Wort gehalten hat: Versprochen – gehalten.

Kommen wir zum Thema Familien. Das war Ihnen ja sehr wichtig, Herr Kollege. Ja, wenn Sie sich mal den Sozialhaushalt anschauen, dann sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass in beiden Jahren, 2026 und 2027, allein aus Bayern – Sie haben übrigens mit der Bundespolitik begonnen, die zunächst überhaupt nicht Gegenstand Ihres Antrags war – jeweils über fünf Milliarden Euro für Familien in Bayern zur Verfügung stehen. Familienland Bayern – das kann man allein an den Zahlen ablesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind allein 55 % des Sozialhaushaltes, die in die Mittel für familienpolitische Leistungen gehen. Frühkindliche Bildung: 10.800 Kitas, 650.000 betreute Kinder, 124.000 Fachkräfte. – Und da reden Sie von eineinhalb Millionen Euro, die für den

Aktionsplan QUEER im Sozialministerium ausgegeben werden. Das ist einfach nur lächerlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wissen, dass derzeit die BayKiBiG-Reform beraten wird. Die Gelder, die bisher an die Familien gegangen sind – Sie haben das gerade, in Anführungszeichen, "skandalisiert", dass sie nicht mehr da wären –, gehen genau in diesen Bereich. Sie werden also mitnichten den Familien entzogen, sondern ganz im Gegenteil kommen sie den Familien in der Betreuung eins zu eins zugute.

Meine Damen und Herren, jetzt gehen wir mal zu dieser Agenda. Worum geht es? – Uns geht es vor allem um Sicherheit. Es geht um Mitwirkung und Sensibilisierung, es geht um gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Miteinander. Es geht um Beratung und Unterstützung, und es geht um die Arbeitswelt. Das sind die fünf Themen, die den Schwerpunkt dieser Agenda bilden.

Sie haben sogar angesprochen, dass man Gewalt gegen queere Menschen verfolgen soll, und das ist ja noch großzügig, dass Sie das sagen. Ich habe jedenfalls mit Genugtuung gehört, dass Sie in diesem Punkt sogar zustimmen.

Es geht um bessere Beratung vor allem in der Fläche. Wir haben in München seit vielen Jahren Beratung, aber in den Regierungsbezirken eben nicht in dieser Art und Weise. Seit 2019 wird eine Region nach der anderen hier auch entsprechend ausgestattet, zum Teil digital, zum Teil aber auch vor Ort.

Es geht aber auch um Teilhabe und Akzeptanz. Das ist ein Unterschied zum Hinnehmen oder zur Toleranz, zu der Sie sich vielleicht manchmal gerade noch hinreißen lassen. Mit den Leuten zu reden, mit den Leuten auch entsprechende Pläne zu entwickeln, beispielsweise auch in der Arbeitswelt, das tun viele Firmen. Da braucht es gar nicht den Staat. Dass die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landtag

unterstützt, dass auch die Arbeitswelt mit dieser Gruppe umgehen kann, ist, glaube ich, aller Ehren wert.

Meine Damen und Herren, um es kurz zu machen: Wir binden die gesellschaftlichen Gruppen mit ein, schätzen sie wert und geben Akzeptanz, Sie hören sie nicht einmal an; Sie reden über die Gruppen, ohne dass Sie eigentlich Bescheid wissen.

Wir bringen die Generationen und auch verschiedene Lebensstile zusammen, Sie hetzen sie gegeneinander auf. Wir als Regierungsfractionen führen die Dinge zusammen, Sie grenzen ab, und Sie grenzen aus. Wenn ich mir Ihren Begründungstext anschau, stelle ich fest, es ist da außer ein paar wenigen lauwarmen Worten überhaupt nichts dabei. Es ist aber eine klare Ansage, dass einzelne Gruppen hier überhaupt nichts zu suchen hätten.

Ich erinnere übrigens daran, dass wir sehr wohl unterschiedliche Gruppen auch unterschiedlich unterstützen. Denken Sie an die Menschen mit Förderbedarf, mit Einschränkungen, mit Handicaps; denken Sie aber auch an unsere Tradition seit dem Zweiten Weltkrieg, an die Gruppen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, die selbstverständlich von uns auch immer noch unterstützt werden, beispielsweise in ihrer Kulturarbeit. Einzelne Gruppen also etwas anders zu behandeln, ist in dem einen oder anderen Fall durchaus sinnvoll.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht so, dass wir als CSU mit jeder Meinung aus dem LGBTIQ-Bereich übereinstimmen. Natürlich wird hier auch kritisch diskutiert; natürlich wird hier auch nicht alles übernommen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir sind heute nicht am Ende der Entwicklung; denn ein Aktionsplan entwickelt sich auch fort. Logischerweise wird man im Laufe der nächsten Zeit auch sehen, was fehlt, was vielleicht zu viel ist, was vielleicht falsch ist. Das ist aber ein ganz normaler politischer Prozess.

Was wir aber nicht haben – das rufe ich den Bürgerinnen und Bürgern ganz besonders zu –: Wir haben keinen Belastungseifer, ganze Gruppen permanent zu verfemen. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe die Nachkriegszeit vorhin schon einmal angesprochen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von unseren Verfassungsmüttern und -vätern eine sehr gute Bayerische Verfassung geschaffen in der Tradition von "Leben und leben lassen" und der sogenannten Liberalitas Bavariae.

Meine Damen und Herren, was heute als Dringlichkeitsantrag von Ihnen vorliegt, ist Ausfluss dessen, was die Staatsregierung am Dienstag der vorvergangenen Woche verabschiedet hat, nämlich die Fortentwicklung von "Leben und leben lassen", von Liberalitas Bavariae.

Ich kann nur sagen: Dieser behutsame unaufgeregte Kurs mit klarer Haltung ist aller Ehren wert. Ich bedanke mich noch einmal herzlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Jäckel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der gesamte Antrag der AfD ist nur wieder ein billiger Versuch, die Menschen gegeneinander auszuspielen und gegeneinander aufzubringen. Heute versucht man das eben, indem man Familien gegen die LGBTIQ-Community, gegen Regenbogenfamilien ausspielen will, indem man vor einem queeren Aktionsplan Angst macht.

Sie von der AfD tun ja so, als wären Wertschätzung und gleiche Rechte begrenzte Güter, als wäre das ein Kuchen, von dem immer ein Stück abgeschnitten werden würde, sobald man mehr Gleichbehandlung erreicht. Das ist natürlich blanker Unsinn.

Wenn Regenbogenfamilien anerkannt werden, wenn lesbische Paare Unterstützung beim Kinderwunsch erhalten, wenn wir Lehrpläne modernisieren, wird keiner Familie etwas weggenommen. Niemand verliert dadurch ein Stück vom Kuchen. Wir, die Politik, die Parlamente, ermöglichen nur mehr Rechte. Wir backen also, wenn man so will, einen größeren Kuchen. Die einzige Zutat, die man dazu braucht, sind die Worte des Gesetzes, die angepasst und geändert werden. Daran mangelt es uns nun wirklich nicht. Das heißt, im Kern geht es darum, mehr Menschen mehr zu ermöglichen. Niemandem im Land wird etwas weggenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wertschätzung für Familien im Land verringert sich doch nicht dadurch, dass mehr Menschen als Familie anerkannt werden, also auch homosexuelle Paare, queere Paare mit Kindern. Das Gegenteil ist doch der Fall: Wir haben dadurch insgesamt mehr Wertschätzung für Familien. Kinder in unserem Land werden doch nicht dadurch weniger geliebt, weil Regenbogenfamilien bei ihrem Kinderwunsch unterstützt werden. Im Gegenteil: Wir werden mehr glückliche Kinder im Land haben, weil wir es dort immer mit Wunschkindern zu tun haben, die am Ende eines langen und anstrengenden Prozesses stehen.

Wer also der Meinung ist, dass wir mehr Wertschätzung für Familien brauchen, dass wir mehr glückliche Kinder im Land haben wollen, der muss sich dafür einsetzen, dass Regenbogenfamilien, dass queere Menschen die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben. Genau das tun wir GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Schmid von der AfD, ich empfehle Ihnen angesichts Ihrer steilen Thesen schon einmal einen Blick in die Kriminalstatistik. Sie fabulieren immer, die Angriffe auf queere Menschen kämen nur von außen, von irgendwelchen Fremden. Wenn Sie die Kriminalstatistik auswerten, stellen Sie auf einmal fest: 44 % der Straftaten werden von politisch rechts motivierten Tätern verübt. Sie sollten also in Ihren

eigenen Reihen aufräumen, wenn Sie wollen, dass queere Menschen im Land sicher leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt den AfD-Antrag nicht zum Anlass einer Debatte über den queeren Aktionsplan in Bayern machen; dafür ist er mir zu wichtig. Ich glaube aber, wir müssen bei anderer Gelegenheit schon noch einmal tiefer über die nötige Aktion in diesem Aktionsplan reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Vogler, AfD, liegt vor.

Matthias Vogler (AfD): Herr Kollege Siekmann, Sie verkennen das ein bisschen. Wir sind für alle Familien da. Das ist Punkt eins. Wir wollen aber nicht mit der überbordenden Regenbogensoße – wenn man so will – übergossen werden, weil das einfach viel zu viel ist. Das haben Sie einfach nicht verstanden. Das sieht man an Ihren Aufführungen, wenn Sie wie in Pfaffenhofen, wo Sie, glaube ich, aufgetreten sind, dafür kämpfen. Das ist schön und gut. Das wird aber einfach zu viel.

Das Ganze ist den meisten Leuten zu viel. Deswegen herrscht bei vielen Leuten auch Ablehnung. Sie wollen das nicht haben; sie wollen nicht in Dauerbeschallung jeden Tag dieses Thema haben. Die Akzeptanz war früher wesentlich größer.

Es ist nun einmal Fakt, dass viele Leute, die aus homophoben Kulturkreisen kommen, natürlich sehr viel mehr Probleme verursachen als – was wir auch verurteilen – die rechten Spinner. Übergriffe, egal gegen welche Gruppe – ob das Juden sind, Muslime sind oder Homosexuelle sind –, sind zu verurteilen. Das ist ganz klar.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Vogler.

Matthias Vogler (AfD): Gewalt darf es nicht geben. Das verkennen Sie aber.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Siekmann, bitte.

Florian Siekmann (GRÜNE): Ich glaube, Sie verkennen, dass queere Menschen und die Regenbogen-Community keine Soße sind. Wir haben es mit Menschen in diesem Land zu tun, die genauso wertgeschätzt gehören wie alle anderen auch.

Ich kann Ihnen jetzt natürlich nicht helfen, Ihre geistige Dissonanz aufzulösen, dass Sie auf der einen Seite Familien wollen, aber auf der anderen Seite nur die richtigen, also bloß nicht das Ihrer Meinung nach falsche Familienbild sehen wollen, dass Sie sich irgendwie daran stören, wenn die Kinder in einer bunten Familie aufwachsen. Sie sollen doch glücklich aufwachsen; aber es soll doch bitte nicht über Regenbogenfamilien geredet werden. Das werden Sie nicht zusammenbekommen.

Wenn Sie nicht akzeptieren können, dass Menschen nicht so sind, wie Sie sich Menschen vielleicht vorstellen, dann stehen Sie nicht auf dem Boden unserer Verfassung; denn diese garantiert allen Menschen, wertgeschätzt zu werden. Sie werden dann auch die kognitive Dissonanz nicht auflösen, dass eben Regenbogenfamilien in diesem Land sind. Da kann ich Ihnen wirklich auch nicht helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann.
– Nächster Redner ist Herr Kollege Anton Rittel für die FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir gedacht: Was ist das wieder? Gleich im ersten Spiegelstrich heißt es, "von der in der Kabinettsitzung vom 16. Juni 2026 beschlossenen ‚Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung‘ Abstand zu nehmen". So etwas kommt natürlich überhaupt nicht in Frage. Das ist schon im ersten

Satz der erste Grund, warum wir den Antrag ablehnen, um es gleich auf den Punkt zu bringen. Auf die Agenda komme ich ganz zum Schluss noch zu sprechen.

Was mich sehr geärgert hat, ist: In Bayern ist die Geburtenrate genauso gesunken wie im Rest von Deutschland. Eines ist aber immer schon so gewesen: In Bayern haben wir mit 1,39 Kindern pro Frau immer noch eine der höchsten Geburtenraten in Deutschland im Vergleich zum Durchschnitt in der Bundesrepublik von 1,35 Kindern. Wenn dann noch jemand sagt, wir seien in Bayern familienfeindlich und würden familienfeindliche Politik machen, sind wir gleich bei dem nächsten Punkt, warum wir den Antrag ablehnen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genauso wie ich ist die Bayerische Staatsregierung der Meinung, dass wir Kinder frühkindlich bilden müssen. Wir müssen Bildung in den Kindergarten stecken. Darum haben wir das Geld umgeschichtet. Wir haben niemandem etwas weggenommen. Wir haben das Geld umgeschichtet und verwenden es im System. Das wird im BayKiBiG noch deutlicher werden. Das wird im System untergebracht. Die frühkindliche Bildung ist für uns sehr wichtig, weil das unsere Zukunft ist. Das möchte ich ganz klar betonen. Wenn wir daran sparen, wird uns das ganz gehörig auf die Füße fallen.

Es stimmt nicht, dass wir nicht in unsere Familien investieren. Im Jahr 2026 sind 5,22 Milliarden Euro an die Familien gegangen, im Jahr 2027 werden es 5,4 Milliarden Euro sein. Jedes Mal investieren wir mehr als fünf Milliarden Euro in die Familien. Es stimmt nicht, dass wir nicht in unsere Familien investieren.

Jetzt kommen wir zur "Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung". Im ersten Satz Ihres Antrags steht, dass von der "Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung" Abstand genommen werden solle. Wir sollen Abstand von denjenigen Leuten nehmen, die vielleicht ein bisschen anders sind, ob schwul oder lesbisch, aber niemandem etwas tun. Wer sich ganz normal in unsere Gesellschaft einfügt, hat auch das Recht, in Deutschland oder in Bayern unbehelligt zu leben und ein ganz normales Leben

zu führen. Im ersten Satz der Begründung heißt es: "Ein Leben ohne Angst, Gewalt, Bedrohung und rechtswidrige Benachteiligung muss für jeden Menschen in Bayern selbstverständlich sein." Oben wollt ihr es abschaffen, und unten seid ihr dafür, dass diese Menschen selbstverständlich gewaltfrei leben können. Das widerspricht sich. Das war jetzt der vierte oder fünfte Grund, warum wir diesen Antrag ablehnen. Ich glaube, das reicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Rittel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe noch anwesende Kolleginnen und Kollegen! Bitte verzeihen Sie es mir, aber ich muss jetzt auch noch kurz ein paar Takte zu diesem AfD-Antrag sagen. Mein erster Gedanke war: Immer das Gleiche mit Ihnen, darauf kann man sich verlassen. Familien stärken – das klingt nett. Wer nach dieser Überschrift weiterliest, stellt sehr schnell fest, dass es der AfD nicht wirklich um Familien geht. Es geht, wie so oft, um Ausgrenzung. Als politisches Instrument hierfür – damit es nicht gar so plump überkommt – nutzen Sie das Thema Familienpolitik. Der Antrag behauptet einen Widerspruch, den es nicht gibt: Familienpolitik gegen die Unterstützung queerer Menschen. Das erweckt den Eindruck, als wären das zwei verschiedene Lager, die sich gegenseitig etwas wegnehmen. Aber queere Menschen sind keine abstrakte Gruppe. Kolleginnen und Kollegen der AfD, es sind genauso Eltern, Kinder, Geschwister und Teile von Familien. Wer sie ausgrenzt, grenzt damit auch Familien aus. So einfach ist das zu betrachten.

Wer sich die Begründung des AfD-Antrags durchliest, dem wird ganz schwindelig. Dort werfen Sie Kitaplätze, Aktionspläne, Pubertätsblocker und Weltanschauungen in einen Topf. Das ist kein politisches Konzept, das ist pure Stimmungsmache.

Aber was beschäftigt Familien in Bayern wirklich? – Dazu hören wir von der AfD ziemlich wenig. Natürlich ist der "Bayerische Aktionsplan QUEER" wichtig und richtig.

Aber im Alltag der meisten Familien stehen andere große Fragen im Vordergrund: Bekomme ich einen Kitaplatz? Kann ich mir die Miete noch leisten? Wie schaffe ich es, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen? Wie bekomme ich Gleichstellung in der Partnerschaft hin? Wie erhalten auch Frauen im Alter eine solide Rente? – Zu all diesen Themen bringen Sie keine Initiative ein. Hiervon ist von Ihnen nicht wirklich etwas zu hören.

Was die AfD unter Familienpolitik versteht, haben wir erst vor ein paar Wochen hier debattiert: Die Wiedereinführung der Herdprämie. Vater verdient, Mutter bleibt zu Hause – das Ernährermodell als politisches Leitbild. Ich frage mich: Wer fördert hier eigentlich Ideologie? Für eine bessere Betreuungsinfrastruktur, für einen kindgerechten Personalschlüssel oder kleinere Gruppen – hier hört man die AfD nie. Stattdessen sollen Frauen eine Prämie bekommen, wenn sie ihr Kind zu Hause betreuen und nicht in die Kita geben.

(Zuruf von der AfD: Freie Entscheidung!)

An dieser Stelle frage ich mich: Wer also fördert hier Ideologie?

Was ist die große familienpolitische Idee, mit der die AfD das alles krönen möchte? – Ein "Bayerischer Tag für Ehe, Familien und Kinder". Ob das Familien wirklich in ihrem konkreten Alltag hilft? – Wohl eher nicht. Wenn es nach Ihnen ginge, gäbe es weder eine Jugendförderung noch die Förderung von Demokratieprojekten. Es gäbe keinen Bayerischen Jugendring. Es gäbe auch keine Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung von Vielfalt oder Gleichstellung. Das bekämen wir mit Ihnen.

Wir stehen als SPD für eine wirkungsvolle "Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung". Wir stehen für eine Agenda, die queeres Leben in Bayern wirklich stärkt und stützt. Deswegen lehnen wir Ihre Intention und Ihren Antrag klar ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Rauscher. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 19/12546 findet in der nächsten Plenarsitzung statt, weil wir bereits 18:06 Uhr haben.

Die Dringlichkeitsanträge 19/12547 und 19/12548 sowie 19/12591 werden ebenso wie die Dringlichkeitsanträge 19/12549 mit 19/12551 und 19/12592 im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich danke Ihnen.

(Schluss: 18:07 Uhr)